

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

23.6.1928 (No. 145)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Amend, Karlsruhe

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe, Nr. 953 und 954, Postfachkonto Nr. 3515

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM, einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger Zentralanzeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die 16. Jahresversammlung der Deutschen Beleuchtungstechnischen Gesellschaft in Karlsruhe

Im großen Rathhauseaal fand gestern vormittag die Eröffnungssitzung der 16. Jahresversammlung der Deutschen Beleuchtungstechnischen Gesellschaft statt. Namens des Vorstandes der Gesellschaft begrüßte Herr A. Kempelius die Teilnehmer an der Tagung, insbesondere den Vertreter der badischen Staatsregierung, Geh. Rat Schwörer, den Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe, Dr. Finter, sowie die Vertreter der Oberpostdirektion, der Reichsbahn, der Handwerkskammer und die verschiedenen Vertreter der verwandten Gesellschaften und Organisationen. In seinen Begrüßungsworten betonte er, daß gerade von Karlsruhe aus der Gedanke, die Beleuchtungstechnik international zu gestalten, ausgegangen sei. Geh. Rat Bunte, der auf dem Gebiete der Beleuchtungstechnik bahnbrechend war, widmete er ehrende Gedenkworte. Er betonte, daß die Stadt Karlsruhe in der Technischen Hochschule das einzige Lichttechnische Institut der ganzen Welt besitze, und darum hatte sich die Gesellschaft entschlossen, ihre Zusammenkunft in Karlsruhe abzuhalten.

Für die badische Staatsregierung ergriff Geh. Rat Schwörer das Wort, der den Dank der Unterrichtsverwaltung für die Einladung zur Tagung überbrachte. Er versicherte, daß die Regierung mit Interesse den Aufschwung verfolgt habe, den der beleuchtungstechnische Gedanke in den letzten Jahren genommen habe. Besonderer Dank gebühre hierfür dem Schöpfer des 1921 geschaffenen Lichttechnischen Instituts, Prof. Dr. Reichmüller, dem es gelungen sei, hier eine vorbildliche Stätte der Forschung zu schaffen. Bis jetzt habe das Institut schon eine Reihe guter Erfolge zu verzeichnen.

Anschließend begrüßte Dr. Finter namens der Stadt Karlsruhe die Erschienenen und gab seiner besonderen Freude darüber Ausdruck, daß die Gesellschaft gerade Karlsruhe als Tagungsort gewählt habe. Die Stadt habe das lebhafteste Interesse an der Förderung des lichttechnischen Problems, wie der Lichtreflexe usw. Er schloß seine Ausführungen mit dem Wunsch eines guten Verlaufs der Tagung, deren Nutzen für die Stadt er nochmals hervorhob.

Professor Dr. Klinge, der Rektor der Technischen Hochschule, der im Namen der Fredericiana die Tagung begrüßte, erörterte die Beziehungen der Beleuchtungstechnischen Gesellschaft zur Technischen Hochschule und schilderte in kurzen Umrissen den Werdegang des Lichttechnischen Instituts.

Im Namen der Handwerkskammer sprach darauf Syndikus Spall einige Begrüßungsworte, in denen er betonte, daß die Kammer mit Interesse die Tagung verfolge, die gerade für das Handwerk wichtige Fingerzeige und Anregungen gebe.

Nachdem noch Prof. Dr. Bunte, der Sohn des Geh. Rats Bunte, im Auftrage der verschiedenen verwandten Gesellschaften und Organisationen dem Vorstand der Beleuchtungstechnischen Gesellschaft für die Einladung zu der Hauptversammlung gedankt hatte, wurde in die Tagesordnung eingetreten. Das Programm des ersten Tages umfaßt einen Vortrag:

„Das Licht im Dienste der Werbung.“

Den ersten Vortrag hielt Dr. S. Luz über die lichttechnischen Grundlagen der Lichtreflexe. Der Vortragende gab zunächst einen geschichtlichen Abriss über die Entwicklung der Lichtreflexe (Transparent und Illuminationleuchtschilder), wies darauf hin, wie bis zum Ausbruch des Weltkrieges viel Erfindungsgeist auf die Gestaltung immer neuer Formen verwandt worden ist, und erklärte, daß die Theorie für die günstige Wirkung der Lichtreflexe zunächst vollständig vernachlässigt worden ist. An Hand instruktiver Beispiele zeigte der Vortragende dann, wie eine gute Lichtreflexe beschaffen sein muß, um eine gute Werbewirkung zu erzielen. Bei der Erfüllung auch der ästhetischen Ansprüche könne die Lichtreflexe zu einer neuen Kunstform werden, die zu entwickelnde Aufgabe des bildenden Künstlers sein müsse, während der Lichttechniker hier nur die technischen Mittel anzugeben habe.

Architekt S. Häring verbreitete sich dann über das Thema „Lichtreflexe im Städtebild“. Der Redner wies darauf hin, wie die modernen Architekten ihre Fassaden aus Fensterflächen und Lichtreflexe aufbauen. Größere Wichtigkeit als das Tagbild bekomme das Nachtbild der Fronten durch die Werbekraft des beleuchteten Hauses. Die gegenwärtige Lichtreflexe lerne mit seltenen Ausnahmen nur flächenhafte Verwendung. Für das nächtliche Städtebild wird die Lichtreflexe in Zukunft auf eine dreidimensionale Raumkomposition hinarbeiten. Hierbei ist wichtig die gleichzeitige Entwicklung einer Gasarchitektur. Gashäuser wie eines in Stuttgart steht und ein anderes im Haag soeben gebaut wird, sind notwendige Voraussetzungen für großräumige Lichtkompositionen im Städtebild.

Sodann verbreitete sich Dr.-Ing. K. Wiegand über die Verwendung der Glühlampe und der Gasentladungsröhre in der Lichtreflexe. Der Redner führte aus, für die Glühlampe sei charakteristisch, daß sie ohne besondere Hilfsmittel direkt an ein vorhandenes Netz angeschlossen werden kann, während ein nachteil zu erwähnen ist, daß ein Schriftzug oder darzustellendes Reklamezeichen nur aus punktförmigen Lichtelementen zusammengesetzt werden kann. Die Gasentladungsröhre dagegen lasse sich zurzeit nur durch Wechselstrom betreiben, der außerdem noch auf einige Tausend Volt herauftransformiert werden muß. Da aber die Gasfülle in ihrer ganzen Länge Licht ausstrahlt, so sei sie besonders geeignet zur Darstellung von Schriftzügen oder Reklamezeichen. Die Ökonomie sei überaus gut. Der Stromverbrauch betrage ungefähr ein Siebentel von dem der gleichartigen Glühlampentlichtreflexe. Da ein Verschleiß der Gasabfüllung nur in ganz geringem Umfange eintritt, so beträgt die mittlere Lebensdauer mehr als 5000 Brennstunden.

Letzte Nachrichten

Pause in den Verhandlungen

BDZ, Berlin, 23. Juni (Tel.) Nachdem Verhandlungen über die Große Koalition gescheitert sind und die Führer des Zentrums und der Deutschen Volkspartei erklärt haben, sie müßten zunächst eine Entscheidung über die Fraktionen darüber herbeiführen, ob sie sich auf Verhandlungen über eine kleinere Regierungskoalition im Reich einlassen dürften, hat Abg. Müller-Franken unterbreitungen eine mehrtägige Pause in seinen Bemühungen um die Bildung eines Reichskabinetts eintreten lassen.

Die entscheidende Fraktionsitzung des Zentrums findet erst am Montag abend statt. Vorher tritt auch noch der Reichsparteivorstand des Zentrums gemeinsam mit Vertretern der Reichstags- und Landtagsfraktion zusammen. Auch die Bayerische Volkspartei wird erst über Sonntag in einer in München stattfindenden Parteivorstandssitzung über ihre Haltung sich schlüssig werden. Die dritte in Betracht kommende Partei, die demokratische, hat sich bereits am Freitag grundsätzlich zu den von Abg. Müller-Franken angeregten Verhandlungen bereit erklärt. Ihre nächste Fraktionsitzung findet erst am Dienstag vormittag statt. Bei der Lage der Dinge hatten es fast alle Reichstagsabgeordneten vorgezogen, am Samstag dem Parlament fernzubleiben, so daß das Haus im Gegensatz zu den letzten Tagen einen verübten Eindruck machte.

Die Ereignisse auf dem Dampfer „Jervisbay“

BDZ, Sidney, 23. Juni (Tel.) Eine Funkenmeldung des Schnelldampfers „Jervisbay“, auf dem es zu einem Zusammenstoß mit widerrechtlich an Bord befindlichen blinden Passagieren gekommen ist, erklärt die Meldung für unzutreffend, daß auch mit der Schiffsbefahrung Konflikte eingetreten seien. Die widersprüchlichen blinden Passagiere befinden sich jetzt unter der Bewachung der Matrosen des Schiffes und der von den Passagieren gebildeten bewaffneten Freiwilligenabteilung.

Weitere Besserung der deutschen Außenhandelsbilanz im Mai

Der deutsche Außenhandel zeigt im reinen Warenverkehr im Mai 1928 einen Einfuhrüberschuß von 192 gegen 251 Millionen Reichsmark im April 1928. Die rückläufige Bewegung hat sich sowohl bei der Einfuhr wie bei der Ausfuhr fortgesetzt. Die Einfuhr ist um 88,9 und die Ausfuhr um 29,5 Millionen Reichsmark zurückgegangen. An dem Rückgang der Einfuhr sind hauptsächlich beteiligt Lebensmittel und Getränke mit 34,8, Rohstoffe und halbfertige Waren mit 43,1 und fertige Waren mit 11 Millionen Reichsmark. Die Abnahme der Ausfuhr entfällt mit 26,8 Millionen Reichsmark auf Rohstoffe und halbfertige Waren und nur mit 5,9 Millionen Reichsmark auf fertige Waren. Da sich die Goldeneinfuhr gegenüber April um 120,7 Millionen Reichsmark vermindert hat, ergibt sich für die im April getriggerte Gesamteinfuhr ein Rückgang im Mai von insgesamt 209,4 Millionen Reichsmark.

Der Reichsrat

nahm die vom Reichsverkehrsministerium vorgelegte neue Eisenbahnan- und betriebsordnung an. Der Reichsrat erklärte sich damit einverstanden, daß zur Feier des 90jährigen Bestehens der Stadt Raumburg a. d. S. 300 000 Dreimarckstücke als Denkmünzen geprägt werden, die ein besonderes Wappbild nach Zustimmung des Reichskunstinstituts und des Magistrats von Raumburg erhalten werden. Der von der Beratungsstelle genehmigten 100-Millionen-Anleihe für den Bau von Kleinwohnungen, die im Ausland aufgenommen werden soll, wird die für Auslandsanleihen vorgesehene steuerliche Begünstigung zuteil werden. Die Gültigkeitsdauer der Umfahnevergünstigungen für Ostpreußen wurde bis Ende Juni 1930 verlängert.

Angenommen wurde eine Verordnung über Finanzstatistik, wonach die bisherigen Ermittlungen über die Finanzen der Länder und Gemeinden auf weitere vier Jahre ausgedehnt werden und verschiedene Erweiterungen erfahren sollen.

Über das Gas in der Reflektoren sprach dann Dr. W. Vertelsmann. Dieser Redner gab einen Überblick, in welcher Weise das Gaslicht vor dem Kriege zur Reflektoren verwendet worden ist und wies darauf hin, daß man heute nur noch Reflektorenlaternen, Wegweiser und Verkehrszeichen mit Gasbeleuchtung in Probierstädten finde; im allgemeinen wird das Gaslicht zu Reflektoren nicht mehr benutzt.

Schließlich verbreitete sich noch Dipl.-Ing. W. Daase über die Wanderschriftreflektoren, die in erhöhtem Maße das Auge des anspruchsvollen Großstädters befriedigen. Die Hauptvorteile: nämlich die Verbesserung des Windwiderstandes und die Auswechselbarkeit der Lampen ohne restlos überwinden zu sein, so daß ein neues Anwendungsgebiet sich der Lichttechnik eröffnet.

Zu erwähnen ist noch, daß der Sitzung am Donnerstag mittag eine Vorstands- und Ausschusssitzung vorausging, bei der wichtige Fragen behandelt wurden. Am Donnerstag abend fand dann im Hotel Germania ein Begrüßungsabend statt, der großen Anlauf bei den aus ganz Deutschland, aus der Schweiz, Holland, England und Ungarn zahlreich Erschienenen fand.

* Die Große Koalition vorläufig gescheitert

Wieder einmal hat sich gezeigt, daß das deutsche Volk und seine politischen Parteien auf dem Instrument des Parlamentarismus noch nicht mit vollkommener Sicherheit zu spielen wissen, daß sie die demokratisch-parlamentarische Regierungsmethode noch nicht mit jener Fertigkeit und jener Selbstverständlichkeit handhaben, die allein eine rasche Lösung der an und für sich gar nicht so komplizierten Frage der Bildung einer Großen Koalition im Reich ermöglicht hätten. Wir haben leider immer noch nicht begriffen, daß auch die Demokratie, ja gerade die Demokratie der Persönlichkeit ein reiches Betätigungsfeld zuweist; wenigstens gilt das für eine richtig verstandene Demokratie. Wir sind noch immer der irrigen Meinung, es müßten große Körperschaften antreten, um bedeutsame Probleme zu lösen. Wir blicken immer noch viel zu sehr auf die Persönlichkeit der Führer. Und wo, wir irgend können, behängen wir den Führer mit soviel Ketten und Kugeln, daß er überhaupt nicht mehr frei ausweichen kann.

Es muß zu ironischen Betrachtungen herausfordern, wenn man jetzt liest, daß Hermann Müller, falls die Weimarer Koalition nicht zustande kommen sollte, ein Kabinett der Persönlichkeiten bilden will, und daß als solche Persönlichkeiten fast genau dieselben Männer genannt werden, die auch für ein Kabinett der Großen Koalition in Betracht gekommen wären. Ein solches „Kabinett der Persönlichkeiten“ zu bilden, ist aber, wie jenerzeit erwähnt wurde, der ursprüngliche Gedanke Hermann Müllers gewesen. Die Fraktionen haben eine Verwirklichung dieser Idee nicht gestattet. So hat man sich im Kreise gedreht, und herausgekommen ist bis heute dabei noch nichts, es sei denn, die Hoffnung, daß man in der nächsten Woche da anfangen wird, wo man schon vor 10 Tagen hätte anfangen sollen, nämlich bei der Zusammenstellung des Kabinetts, bei der Berufung der Persönlichkeiten. Wie meistens im politischen Leben unserer Nation, sind die Maßnahmen, die Entscheidungen, die Programme, die Entwürfe, kurz, die Worte und die Taten.

Mit einer Gründlichkeit und Spitzfindigkeit hat man die Dinge so lange erörtert, bis man sich völlig auseinander geredet hatte. Hermann Müller hat die Fraktionen in aller Form eingeladen, ihre Forderungen für das zukünftige Regierungsprogramm geltend zu machen. Dieses Geltendmachen von Forderungen geschah dann von seiten der Deutschen Volkspartei gleich so ausgiebig und mit einer solchen Hartnäckigkeit, daß schließlich das ganze Werk scheiterte.

In der preussischen Koalitionsfrage ist die Deutsche Volkspartei dabei geblieben, zu verlangen, daß die führenden Persönlichkeiten in Preußen ihr jetzt schon die feste Zusicherung zu geben hätten, daß im Juli eine Umbildung der Regierung stattfindet, und zwar auf einer Basis, die ebenfalls bereits jetzt hätte festgestellt werden sollen. Dieses Verlangen konnte so nicht erfüllt werden. Auf seiten der Demokraten und der Reichstagsfraktion des Zentrums wird aber darauf hingewiesen, daß die etwas schroffe Art, mit welcher der preussische Ministerpräsident Dr. Braun und die Landtagsfraktionen des Zentrums und der Sozialdemokratie die Angelegenheit behandelt hätten, für die Lösung der Koalitionsfrage im Reich gleichfalls nicht günstig gewesen sei.

Auch in zwei andern Punkten, die nach der Ansicht Hermann Müllers von entscheidender Bedeutung sind, ist die Deutsche Volkspartei gestern doch schließlich bei ihrer Opposition geblieben: sie will den 11. August nicht als gesetzlichen Feiertag festgelegt wissen, da wir schon gerade genug gesetzliche Feiertage hätten, und sie wünscht die planmäßige Ausführung des von der Mehrheit des verflochtenen Reichstags bewilligten Panzerschiffbaus. Diese letztere Forderung ist im Hinblick auf die preussischen Verhältnisse besonders fatal, weil es ja gerade die preussische Regierung war, welche im Reichsrat gegen das Panzerschiff gestimmt hat. Die Deutsche Volkspartei würde sich also, wenn sie in die preussische Regierungskoalition hineintrotzte, sofort in schroffem Gegensatz zur Regierung dieser Koalition befinden haben. Hält die Deutsche Volkspartei, wie sie neuerdings wieder betont,

Mit der Beilage: Offizielle Gewinnliste der 3. Baden-Badener Wohlfahrts-Lotterie

eine Abereinstimmung zwischen Reichsregierung und preussischer Regierung für notwendig, dann hätte sie sich eigentlich nicht auf eine Forderung versteifen sollen, von der sie weiß, daß sie wie ein Sprengpulver wirken müßte.

Bei alledem möchten wir die Behauptung, daß die Deutsche Volkspartei innerlich die Große Koalition gar nicht wolle, ja sogar von vornherein taktisch auf das Scheitern derartiger Versuche hingewirkt habe nur mit größter Vorsicht aufnehmen. Der Schein spricht allerdings gewiß nicht für die Deutsche Volkspartei. Aber sie hätte ja das, was sie angeblich erstrebte, genau so gut erreichen können, wenn sie gleich erklärt hätte, daß sie in die Opposition gehen wolle und der Sozialdemokratie allein bzw. in erster Linie die Verantwortung für die Regierungsbildung überlasse. Die Vermutung, daß eben zwei Seelen in der Brust der Deutschen Volkspartei wohnen, und daß sie sich selbst über ihre Ziele nicht ganz im klaren ist, wird wohl der Wahrheit am nächsten kommen.

Und so überreichen wir den heutigen Leitartikel „Die Große Koalition vorläufig gescheitert“. Denn, was nicht ist, kann ja noch werden. Und, wenn jenes neuerdings wieder befürwortete „Kabinett der Persönlichkeiten“ mit den Herren Stresemann und Curtius zustande käme, dann wäre das ja faktisch ein Kabinett der Großen Koalition, und die Deutsche Volkspartei würde sich sicherlich hüten, dieses Kabinett, wenn es hart auf hart kommt, im Parlament wegen einer Nebenfälligkeit zu stützen.

Am Montag der nächsten Woche werden Gesamtfraktion und Parteivorstand des Zentrums zusammenzutreten, um unter Hinzuziehung von Vertretern der preussischen Landtagsfraktion zu der Anregung Hermann Müllers, ein Kabinett der Weimarer Koalition zu bilden, Stellung zu nehmen. Diese Stellungnahme wird nicht leicht sein, zumal das Zentrum Wert darauf legen wird, dabei Hand in Hand mit der Bayerischen Volkspartei zu gehen. Ohne Mitwirkung der Bayerischen Volkspartei würde die Weimarer Koalition keine Mehrheit im Reichstag haben. Die Bayerische Volkspartei würde aber, wenn sie überhaupt mitmachen sollte, ganz bestimmte Zusicherungen verlangen, daß Bayern und die Länder nicht etwa unter dem Walten der Weimarer Koalition staatspolitisch und finanziell weiterhin entredet würden.

Die demokratische Reichstagsfraktion will sich an neuen Verhandlungen zwecks Bildung der Weimarer Koalition beteiligen, aber auch sie hat die schwersten Bedenken. Was die Sozialdemokratie betrifft, so will sie nach einer Auslassung des „Vorwärts“ die Verantwortung, die ihr durch ihren Wahlsieg auferlegt worden ist, bis zum Letzten ausschöpfen.

Vor Montagabend sind nach Lage der Dinge neue bedeutsame Entschlüsse in der Frage der Regierungsbildung im Reich jedenfalls nicht zu erwarten.

Die Nordvorgänge in der Skupshina

Über die Revoluzzer werden aus Belgrad folgende Einzelheiten berichtet: Gegen halb 12 Uhr erhielt Punica Ratitsch das Wort. Seine Rede wurde von der Opposition immer wieder durch stürmische Zwischenrufe gestört. Der Abg. Dr. Bernar von der Raditsch-Partei beschuldigte Punica Ratitsch, sich in Südbosnien widerrechtlich Boden angeeignet und verkauft zu haben. Punica Ratitsch zog bei diesen Worten den Revolver. Einige Minister der radikalen Partei, die hinter der Rednertribüne saßen, wollten sich auf ihn stürzen, um ihm die Waffe zu entreißen. Er rief ihnen aber drohend zu: „Wer sich mir nähert, den erschieße ich.“ Er erhob den Revolver und gab den ersten Schuß auf den Abg. Bernar ab, der vor den Bänken der radikalen Partei stand. Der Schuß traf Bernar durch die Lunge. Der Abgeordnete brach blutüberströmt zusammen. Nun stürzten die Abgeordneten der Raditsch-Partei vor die Bankreihen, um ihren Führer Stefan Raditsch zu schützen, da sie bemerkten, daß Punica Ratitsch auf ihn zielte. Punica Ratitsch feuerte weiter. Der zweite Schuß traf den Abgeordneten der Raditsch-Partei Dr. Bazaritsch, der Schriftsteller in Agram ist. Er hatte sich vor Stefan Raditsch gestellt, um ihn mit seinem Körper zu deden. Dr. Bazaritsch brach mit der Kugel in der Brust zusammen und starb bald darauf. Punica Ratitsch zielte unablässig weiter auf Stefan Raditsch. Vor diesen hatte sich nach dem Sturze Bazaritschs der Abg. Grandia gestellt. Dieser erhielt den dritten Schuß, doch wurde er nur am linken Unterarm verletzt. Er taumelte ein wenig, und diesen Augenblick benutzte Punica Ratitsch, um den nächsten Schuß auf Stefan Raditsch abzufeuern. Diesmal traf er. Stefan Raditsch wurde in den Bauch getroffen. Nun stürzte der Nefte Stefan Raditschs, der gewesene Minister Paul Raditsch, gegen Ratitsch vor. Nach wenigen Schritten sank auch er blutüberströmt zu Boden. Der fünfte Schuß hatte ihn in die linke Brustseite getroffen, und er blieb sofort in Agonie liegen. Die Spitze des Hergens war verletzt worden. Man verabreichte ihm eine Kampferinjektion, die ihn auch für kurze Zeit zum Bewußtsein brachte. Bald darauf starb er jedoch im Krankenhaus auf dem Operationstisch.

Blutige Tumulten in Belgrad

In den späten Abendstunden des Donnerstags kam es in Belgrad zu schweren Zusammenstößen zwischen der Polizei und Demonstranten. Die Demonstranten, bestehend aus Studenten und Kommunisten, veranstalteten noch in den Abendstunden einen Demonstrationsszug, wobei Rufe gegen die Regierung laut wurden. Die herbeieilenden Gendarmen- und Polizeibeamten verletzten die Demonstranten zu zehntausenden. Diese errichteten jedoch an verschiedenen Straßenecken der Stadt Barrikaden und griffen die Polizei mit Steinen an. Die Polizei machte von der Schußwaffe Gebrauch, wobei 5 Personen getötet und 12 verwundet wurden. Am Mittwoch nacht gelang es der Gendarmen- und der Polizei, die Ruhe in Belgrad wieder herzustellen. — Alle Häuser, öffentlichen Lokale, Kinos usw. mußten nach 7 Uhr abends geschlossen sein. Jedes Verweilen auf der Straße nach 7 Uhr abends ist verboten. Am Freitag vormittag wurden die hierischen Überreste von Paul Raditsch und Dr. Bazaritsch nach Agram gebracht. Für das Begräbnis sind umfangreiche Maßnahmen angeordnet.

Der Tod Schangstosins offiziell bekanntgegeben. Der Tod Schangstosins ist den Generalkonsuln in Mailden offiziell bekanntgegeben worden. Die Beisetzung wird am Samstag stattfinden.

Politische Neuigkeiten

Chemalige deutsche Kolonien vor dem Mandatsauschuß

Im künftigen Mandatsauschuß des Völkerbundes möchte der Generalsekretär der englischen Verwaltung im Tanganjika-Gebiet, Scot, Mitteilung von dem Beschluß, die deutschen Missionen im ehemaligen Deutsch-Ostafrika wieder in ihren früheren Besitz einzusetzen. Außerdem hat der Mandatsauschuß seine zweitägigen, vertraulichen Beratungen über den Bericht der neuseeländischen Regierung, betreffend die Unruhen auf Samoa, abgeschlossen. Die Anträge werden von der neuseeländischen Regierung auf den inzwischenden ausgewiesenen Mischlingsaufmann Nelson zurückgeführt. Der neuseeländische Vertreter hat die von seiner Regierung als Mandatsmacht getroffenen Maßnahmen, vor allem das Alkoholverbot und die Einrichtung des Coprahandelsmonopols, gerechtfertigt, das den Eingeborenen einen größeren Erlös ermöglichte, als der frühere Zwischenhandel über die Mischlinge. Der von Geh. Rat Kahl auszuarbeitende Bericht des Mandatsauschusses über die Angelegenheit wird im September dem Völkerbundrat vorgelegt werden.

Steuerabzug von dem beschlagnahmten deutschen Eigentum in Amerika

Das Schahamt hat der Verfügung zugestimmt, wonach die amerikanische Einkommensteuer von dem Erträgnis der durch den Treuhänder beschlagnahmten Vermögen eingezogen werden soll. Der Treuhänder wurde ermächtigt, eine vorläufige Berechnung des auf jeden beschlagnahmten Posten fälligen Steuerbetrages vorzunehmen und den errechneten Betrag bei der Rückzahlung des freigegebenen Kapitals zurückzubehalten. Falls die endgültige Berechnung der Einkommensteuer ergibt, daß der veranschlagte Steuerbetrag zu groß war, so wird die Differenz zurückvergütet. Der Zweck der Vergütung ist der, etwaige Verzögerungen zu vermeiden, die durch die Steuerfrage bei der Rückgabe des beschlagnahmten Eigentums entstehen könnten.

Die Neufassung des amerikanischen Kriegsschadensvertrages

„Daily Telegraph“ berichtet, in amtlichen Kreisen des Washingtoner Staatsdepartements werde zum Ausdruck gebracht, daß der ursprüngliche Entwurf des Kellogg-Vorschlages den Wächern wieder unterbreitet wird, mit einer Klausel in der Präambel, die bestimmt, daß die Unterzeichner sofort gegenüber jeder an dem Vertrag teilnehmenden Regierung, die ihn verlegt, von dem Vertragsbestimmungen befreit werden. Die Artikel des ursprünglichen Entwurfes bleiben, wie verlautet, unverändert. Obige Bestimmung in der Präambel mache, wie geltend gemacht werde, andere Vorbehaltung unnötig. Hermann Stille †. Am Freitag ist der Kommerzienrat Dr. jur. h. c. Hermann Stille, Inhaber der Verlagsbuchhandlung Georg Stille, Berlin, im Alter von 58 Jahren an den Folgen eines Schlaganfalles gestorben.

Der Schachtel-Projekt

Aus Moskau wird berichtet: In der Vormittagsitzung am Donnerstag begann das Verhör des deutschen Ingenieurs Otto. Der Staatsanwalt wünschte Aufklärung über seine politische Zugehörigkeit, besonders zum Stahlhelm. Otto erklärte, seitdem er in Russland sei, habe er sich nie mit faschistischen Gedanken getragen. „Ich fühle mich nur als Deutscher — so führte er aus —, doch war ich der Meinung, daß die kommunistische Wirtschaftsordnung den Untergang Deutschlands zur Folge haben müßte.“ In Berlin habe er während zweier Jahre gefamnt. Dieser habe ihn leiblich geliebt, einen Regenmantel nach Moskau mitzunehmen. — Nach Ansicht der Moskauer Staatsanwaltschaft sollte die Überbringung eines Regenmantels den hiesigen Beschönigern das Maß der vorzunehmenden Sabotage vorzeichnen. Der Staatsanwalt fragt Otto, ob er die Bedeutung der Übergabe des Regenmantels gefamnt habe. Otto verneint. Darauf richtete der Staatsanwalt die gleiche Anfrage an Baskin, der erst eine Weile zögert, dann aber, wie von Gewissensangst befreit, sagt: „Der Mantel war kein Signal, er war eine gewöhnliche Sendung.“ Damit schließt das Verhör Ottos, der Meyer Platz macht. Meyer ist ein echter Berliner Arbeiter; er macht durch seine Freimütigkeit den allerbesten Eindruck. Er erklärt wiederholt ganz offen, er habe manche Dinge vor dem Untersuchungsrichter unterschrieben, was er aber nur aus Angst getan habe. Er sei Kommunist und in drei Kampfororganisationen Mitglied gewesen. Immer sei er ein Freund der Sowjetunion gewesen.

Eine gerechte Strafe wegen Beleidigung der Witwe des Reichspräsidenten Ebert haben die Schriftleiter des in Frankfurt erscheinenden nationalsozialistischen Wochenblattes „Frankfurter Beobachter“, Theo Sabicht und Willi Schönebin, sowie die Herausgeber eines „Die Nachtpost“ betitelten Ständebüchleins, Willi Wilmst und Heinz Wasmann, vom Frankfurter Großen Schöffengericht erhalten. Beide Blätter haben behauptet, daß Frau Ebert zu der unzulänglichen Witwenpension von der Kommerz- und Privatbank wöchentlich etwa 500 M. erhalte. In dem Artikel war noch auf die Gegenfähigkeit besonders hingewiesen, die darin gelegen habe, daß die Witwe eines antikapitalistischen Reichspräsidenten von einer „kapitalistischen Judenbank“ unterstützt werde. Das Gericht verurteilte wegen übler Nachrede Sabicht zu 500 M. Geldstrafe, Schönebin zu einem Monat Gefängnis, Wilmst zu 200 M. Geldstrafe und Wasmann wegen Vergehens gegen § 21 des Pressegesetzes zu 20 M. Geldstrafe.

Zusupoff hat Rasputin getötet. Fürst Zusupoff, gegen den die Tochter Rasputins einen Prozeß auf Schadenersatz wegen Ermordung ihres Vaters angestrengt hat, gab einem Vertreter des „Matin“ gegenüber die Tat ohne weiteres zu und erklärte, es habe sich um einen rein politischen Akt gehandelt, um eine Pflicht, die er für Russland, das russische Herrscherhaus und russische Alliierte, geglaubt habe, durchzuführen zu müssen. Er sei überzeugt gewesen, daß Rasputin der böse Geist Russlands, der Feind der Zarenfamilie und ein Instrument in den Händen Deutschlands gewesen sei. Diese Ansicht habe sich seitdem in ihm nur verstärkt. Sein eigenes Buch habe er geschrieben, um den vielen entstellten Darstellungen über das Ende Rasputins entgegenzutreten. Der von der Tochter Rasputins gegen ihn eingeleitete Prozeß bereite ihm keine Sorge. Er habe bereits drei ähnliche Prozesse in London gewonnen und werde auch diesen in Paris gewinnen. Zusupoff hat zum Verteidiger den bekannten Advokaten und früheren Abg. de Goro-Gofferra.

Durch eine Granate acht Personen getötet. In Brügge explodierte bei einem Brande eines Meisellagers eine Granate sehr großen Kalibers. Dabei wurden 8 Personen getötet und 40 verletzt. Nach einer anderen Meldung soll ein Sauerstoffbehälter explodiert sein. Außer den 8 Personen sollen noch 5 Kinder ums Leben gekommen sein.

Tote bei Streikzusammenstößen. In Salanit wurden bei Zusammenstößen zwischen streikenden Arbeitern und der Polizei 7 Personen getötet und 30 verletzt.

Das Schicksal des Theologieprofessors Schmidlin

Unter dem Titel Grenzlandtragik bespricht der „Erfasser“ den Fall des kürzlich beim zweiten Autonomistenprozeß im Abwesenheitsverfahren zu zehn Jahren Haft und zwanzig Jahren Aufenthaltverbot verurteilten katholischen Theologieprofessors Schmidlin in Münster in Westfalen. Der Artikel rollt die ganze Lebensgeschichte Professor Schmidlins auf und zeigt, wie er, als Erfasser, der Abstammung nach schon 1907 nach Münster berufen, zwischen die beiden Nationen gestellt wurde durch ein unerbittliches Schicksal, für das man nun den unpolitischen Gelehrten verantwortlich mache. „Es ist eine traurige Eigenart unserer Geschichte“, sagt der „Erfasser“, daß die Besten oft wegen der geringsten Dinge verdächtigt werden, daß hochgestellte und hochverdiente Männer, auf die unser Land stolz sein sollte, in den Strudel der niedrigsten politischen Leidenschaften hineingezogen werden.“

Mussolini vor dem industriellen Kongress

Mussolini hielt bei der Eröffnung des Nationalkongresses der faschistischen Industriellen eine Rede, in der er u. a. sagte: Tausende von Industriellen haben ihre volle Zustimmung zum herrschenden Regime gegeben, indem sie an diesem Kongress teilnahmen. Der kapitalistische Wirtschaftstyp ist in großer Umbildung zu einem korporativen Wirtschaftstyp begriffen. Im faschistischen System sind die Arbeiter nicht mehr Ausbeuteobjekt, sondern Mitarbeiter des Produzenten. Ihre Lebensbede muß materiell und moralisch gehoben werden. In Italien ist die Politik fürds, der hohen Arbeitslöhne, nicht möglich, aber es ist ebenso wenig ratsam, eine Politik zu niedriger Löhne zu betreiben, die der Industrie nur Schaden zufügen würde. Mussolini sprach darauf die Ansicht aus, daß die Lösung der durch den Krieg hervorgerufenen Weltkrise bereits in Sicht sei. Er erwähnte in diesem Zusammenhang, daß der Frieden zwischen den großen Westmächten voraussichtlich nicht mehr gestört werden würde. Als ein weiteres wichtiges Element für die Regelung der Krise bezeichnete Mussolini die Rückkehr der europäischen Währungen zur Goldparität. Der Ministerpräsident bezeichnete das Gerücht als lächerlich, daß die italienische Regierung daran denke, die italienische Stabilisierungsquote im Hinblick auf die Stabilisierungsvorbereitungen in Frankreich zu verschlechtern. Unter den Elementen, die eine Lösung der Krise herbeiführen könnten, befände sich auch das Kapitel der Schulden, Reparationen und Transferrierungen, das vielleicht bald abgeschlossen werden könnte, ferner die eventuelle Wiedergewinnung der russischen, indischen und chinesischen Märkte und, was Italien selbst anbetreffe, eine Ernte, die in diesem Jahre besonders günstig ausfallen verspreche.

Röhl bei seinen Fliegerkameraden. Im Kaiserpalast des Zoologischen Gartens wurden die Ozeanflieger von ihren Kameraden empfangen. Unter den Gästen befanden sich auch die Luftattachés von England und Italien und Vertreter der Luftfahrtverbände. Zu der Meldung, daß die Luftkhanja Hauptmann Röhl die Leitung des künftigen Ozeanflugverkehrs angeboten habe, teilt Hauptmann Röhl laut „Germania“ mit, daß ein offizielles Angebot von der Luftkhanja nicht erfolgt sei, wohl aber habe man darüber gesprochen. Grundfänglich sei er nicht abgeneigt, eines Leiters im künftigen deutschen Ozeanflugverkehr zu übernehmen. — Im Herbst soll ein Besuch der „Bremen“-Flieger in Wien stattfinden.

Besprechungen Dr. Cunos mit Hoover und Mellon. Der ehemalige deutsche Reichskanzler Dr. Cuno, der von einer Tagung des Ozeanclubs zurückkehrte, unterbrach auf Einladung des ihm seit mehreren Jahren gut befreundeten Handelssekretärs Hoover seine Reise für einen halben Tag. Er hatte eine fast einstündige Unterhaltung mit Hoover, in der sich dieser u. a. über die Entwicklung der deutschen Schifffahrt und Industrie berieten ließ. Dr. Cuno konferierte sodann im Shipping Board mit den Direktoren der United States Lines über Fahrten und ähnliche Geschäftsfragen. Dr. Cuno besuchte darauf noch den Schatzsekretär Mellon mit dem er ebenfalls eine längere Unterhaltung hatte.

Streikbeschluss der Berliner Bäder. Eine in den Berliner Großbädereien durchgeführte Arbeitimprovement hat laut „Vorwärts“ in allen Betrieben mit übergroßer Mehrheit den Streikbeschluss ergeben. In der Mehrzahl der Betriebe haben mehr als 90 Proz. der Belegschaft, in einzelnen Betrieben sogar 100 Proz. für den Streik gestimmt. Sollten die Unternehmer nicht noch in letzter Stunde einlenken, so ist damit zu rechnen, daß anfangs nächster Woche in den meisten Berliner Großbädereien die Arbeit eingestellt wird. Infolge der Bewilligungen der Forderungen in verschiedenen Großbetrieben ist die Proterversorgung der Berliner Bevölkerung nicht gefährdet.

68 Proz. der englischen Bergarbeiter arbeitslos. Im Verlauf der Unterhandlungen über die Vorrangfrage des Bergwerksministeriums sprach das Arbeitermitglied Hall über die kritische Lage der Kohlenindustrie und betonte, daß seit 1925 112 Gruben geschlossen wurden und daß in manchen Gebieten 68 Proz. der Bergarbeiter arbeitslos seien. Die Fehlbeträge, die sich seit Beginn des augenblicklichen Abkommens angehäuft hätten, beliefen sich auf 24 712 000 Pfund Sterling. Das liberale Mitglied Runciman nannte es eine tragische Tatsache, daß zur gegenwärtigen Zeit die Zahlungen von Reparationskosten von seiten Deutschlands tatsächlich viele Tausende britischer Bergarbeiter arbeitslos machen.

Die Bank von Frankreich wird für etwa 3 Milliarden neue Geldstücke im Wert von 5 und 10 Franken prägen und ausgeben.

Über das Schicksal Amundsen und des französischen Flugzeuges „Latham“ liegen noch keine Nachrichten vor. Der Kreuzer „Tordenskjold“ geht heute nacht von Horten ab, mit dem Befehl, die Suche nach der „Latham“ aufzunehmen. Das Marineministerium erklärt, die Latham habe keinen Kurzwellenapparat an Bord gehabt und es sei deshalb für die norwegischen drahtlosen Stationen ein zweifaches Beginnen, auf kurzer Wellenlänge Meldungen der „Latham“ auffangen zu wollen. — Es ist Moddalena und Benjo gelungen, den Standort Nobiles erneut aufzufinden und ihnen erneut Proviant abzuwerfen.

Die Eisenbahnkatastrophe in Schweden. Nach den bisherigen Ermittlungen beträgt die Zahl der Todesopfer der Eisenbahnkatastrophe bei Bollnäs 20, die der Verletzten 20. Die Untersuchung wird fortgesetzt.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Bei trockenem und heiterem, wolkenlosem Wetter sind die Temperaturen gestern noch mehr gestiegen. In der Ebene wurden bis zu 27 Grad, auf dem Hochschwarzwald noch nahezu 20 Grad als Höchsttemperatur verzeichnet. Der über das Festland ausgebreitete Hochdruckriden ist zwar etwas nach Süden gerückt, beherrscht aber noch immer unsere Bitterung. Abgesehen von Gewitterbildungen wird das trockene Wetter daher noch anhalten. — Wetterausichten für Sonntag: Fortdauer der Schönwetterperiode, örtliche Wärmegewitter, hauptsächlich im Gebirge.

Badischer Teil

Eröffnung der Badischen Wertschau

Heute, Samstag, mittag, fand die Eröffnung der Badischen Wertschau in der Badischen Landesgewerbehalle statt, zu der eine größere Zahl von Einladungen ergangen waren. Es waren u. a. zugegen: als Ministerialrat Dr. Scheffelmeier, der Präsident der Oberpostdirektion, Lämmlein, Landesstammis für Wolff, Bürgermeister Dr. Schneider, als Vertreter der Stadtverwaltung, Vertreter der Behörden, der Landeskunstschule, Vertreter von Industrie, Handwerk und Handel und außerdem eine große Zahl der Aussteller.

Die Feier wurde mit liebenswürdiger Mitwirkung der Direktion des Konservatoriums für Musik, hier, in Form eines Vortrags von Mozart durch die Schülerinnen Fräulein Vene Drach (Harmonium) und Fräulein Friedl Fischl (Violine) stimmungsvoll eingeleitet, worauf der Direktor des Badischen Landesgewerbeamts als veranstaltender Behörde, Oberregierungsrat Buerius, die Ausstellung „Badische Wertschau“ mit einer Ansprache eröffnete. Anschließend gab der für das Ausstellungsweesen zuständige Beamte des Landesgewerbeamts, Regierungsrat Linde, nähere Erläuterungen über die Badische Wertschau.

Im Namen des Ministers des Innern, Staatspräsident Dr. Kemmle begrüßte Ministerialrat Dr. Scheffelmeier die Ausstellung. Er wies dabei auf die große Bedeutung einer derartigen Veranstaltung hin, die für die Kunstfertigkeit, für Industrie und Handwerk von außerordentlichem Werte sei. Der Redner hob dabei noch die besonderen Leistungen der Ausstellungsleitung bei Schaffung dieser badischen Wertschau hervor.

Nach diesen Worten begann ein Rundgang unter eingehender Erklärung der einzelnen Werke und Ausstellungsstücke, die durch die Beteiligung von etwa 50 Ausstellern und Ausstellerinnen zusammengekommen waren.

Über die Eröffnungsteden und die Ausstellung selbst werden wir am Montag eingehend berichten.

Geltungsdauer der Sonntagsrückfahrkarten an Peter und Paul

Entgegen anderen Mitteilungen wird zur Vermeidung von Unannehmlichkeiten darauf hingewiesen, daß Reisende mit Sonntagsrückfahrkarten, die bereits am Samstag, den 30. Juni, zurückfahren, die Rückfahrt vom Zielbahnhof des Hinwegs spätestens um 9 Uhr vormittags, von Unterwegsstationen spätestens mit dem Zug antreten müssen, der den Zielbahnhof des Hinwegs um 9 Uhr vormittags verläßt. Durch das Lösen mehrerer anschließender Sonntagsrückfahrkarten wird die Geltungsdauer der einzelnen Karten nicht verlängert.

Eine erneute Forderung nach Regulierung des Oberrheins

Der Rheinschiffahrtsverband Konstanz, die Vereinigung zur Förderung der Schiffbarmachung des Rheins bis zum Bodensee, legt nunmehr seinen Tätigkeitsbericht für 1927 vor, dem folgendes zu entnehmen ist:

Das Ergebnis des Güterverkehrs nach Basel im Jahre 1927, darf als ein Marstritein in der Geschichte der jungen Oberrheinsschiffahrt bezeichnet werden. Mit einem Gesamtumschlag von 739 840 Tonnen sind alle bisherigen Ergebnisse um das Vielfache überfüllt worden. Hierunter entfallen 513 242 Tonnen auf den Rhein- und 226 598 Tonnen auf den Kanalverkehr. Die Beeinträchtigungen, die Regulierung des Oberrheins so rasch als möglich in Angriff zu nehmen, verdienen deshalb alle Unterstützung. Leider hat sich in neuester Zeit eine Wandlung der bisher vertretenen Ansicht breit gemacht, indem die Regulierung der Strecke Straßburg-Basel als überreif, die Fortführung der Schiffahrt bis in den Bodensee jedoch als in der Periode des Heranreifens befindlich bezeichnet worden ist. Diese Änderung des bisherigen Standpunktes wird bedauert, weil sie eine Verzögerung des Ausbaues des Stromabschnittes Basel-Bodensee im Gefolge haben kann. Die Wasserstraße Straßburg-Basel-Bodensee ist als ein einheitliches Ganzes zu betrachten. Wenn man in der Schweiz der Ansicht ist, daß durch den gleichzeitigen Ausbau mehrerer Wasserstraßen eine finanzielle Überlastung eintreten könne, so sollte man sich zunächst auf den Bau der Wasserstraße befähigen, an deren baldige Inbetriebnahme die Schweiz ebenfalls Interesse hat wie Süddeutschland.

Die Mitgliederbewegung war im Berichtsjahr eine rückläufige. Einem Gesamtabgang von 67 sieht ein Zugang von nur 34 Mitgliedern gegenüber, so daß der Verband im ganzen 946 Mitglieder zählt. Aus bestimmten Anzeichen heraus ergibt sich aber, daß die Rückwärtsbewegung ihren Abschluß gefunden hat. Aus dem Jahresabschluss ergibt sich ein Vermögenszuwachs von 11 520 Reichsmark. Am Schluß seines Tätigkeitsberichtes versichert der Verband, daß er die Forderung nach baldigem Ausbau der Strecke Basel-Bodensee nachdrücklich zu vertreten beabsichtigt, um unserer Wirtschaft neue Entwicklungsmöglichkeiten und Ausichten zu geben.

Der Voranschlag abgelehnt. Der Bürgerausschuß Radenburg hat in seiner gestrigen Sitzung den Voranschlag für 1928/29 mit 37 gegen 30 Stimmen abgelehnt.

Aus der Landeshauptstadt

Von billiger Kleinwohnungen in Karlsruhe. In einer dem Bürgerausschuß vom Stadtrat zugegangenen Vorlage über den Wohnungsbau 1928 wird darauf hingewiesen, daß von den zur Zeit entstehenden neuen Wohnungen der auf die Kleinwohnungen (2 und 3 Zimmer) entfallende Anteil verhältnismäßig viel zu klein ist. Aber auch die tatsächlich zur Erstellung gelangenden Kleinwohnungen erfordern so hohe Baukosten, daß die diesen Baukosten entsprechende „angemessene“ Miete heute von Winderbemittelten, den Arbeitern und kleinen Beamten und Angestellten kaum bezahlt werden kann. Der Grund hierfür liegt zu einem nicht unbedeutenden Teil in einer noch der Vorrietzzeit stammenden erstaunlichen Rückständigkeit des technisch-wirtschaftlichen Problems der Wohnung überhaupt. Es ist nun beabsichtigt, durch eine neuzugründende Baugesellschaft, ausschließlich Kleinwohnungen zu erstellen und zu angemessenen, den Baukosten entsprechenden Preisen zu vermieten. Dabei soll auf die Fortentwicklung der Wohnung nach Inhalt und Form besonderer Wert gelegt und versucht werden, unter Anwendung der neuesten Errungenschaften rationaler Wohnungsgestaltung und Einrichtung dem Ideal der Volkswohnung näher zu kommen. Das Gesellschaftskapital soll ungefähr 300 000 RM betragen, die Träger der Sozialversicherung und die schon in Karlsruhe vorhandenen gemeinnützigen Bauvereinigungen in Betracht. Zugleich wird für die Tätigkeit der Gesellschaft die Unterstützung der Reichsforschungsgesellschaft für wirtschaftliches Bauen und Wohnen angefordert.

Ehrens. Anlässlich des bevorstehenden 25jährigen Jubiläums des Karlsruher Verkehrsvereins wurden die noch lebenden Mitgründer des Vereins, Altstadtrat Geh. Hofrat Dr. Ring und Altstadtrat Dr. Friedrich Weill, zu Ehrenmitgliedern des Verkehrsvereins ernannt. Ebenso wurden die Vereins- und Ausschussmitglieder Kommerzienrat Karl Mosinger und Bahnhofsrestaurateur Karl Stelzer wegen ihrer besonderen Verdienste um die Förderung des Verkehrsvereins durch Verleihung der Ehrenmitgliedschaft ausgezeichnet.

Die Sonnenwendfeier der Karlsruher Studentenschaft. Wie alljährlich beging die Karlsruher Studentenschaft vor der Bismarcksäule in Ettlingen ihre Sonnenwendfeier. Rektor der „Friderician“, Prof. H. Kluge feierte die Größe Bismarcks, die sich besonders darin zeigte, daß sein Wert, das vereinigte Deutschland, auch nach seinem Tode nicht zerfallen werden konnte. Freilich die Grenzen sind zerfallen und ohne Schutz durch Heer und Flotte, die Kolonien sind verloren, der Segen unserer Arbeit kommt nicht unserem eigenen Volke, sondern den Fremden, deren Soldaten immer noch im Lande stehen, zugute.

Badisches Landestheater. Sonntag, den 24. Juni, „Der Rosenkavalier“ von Richard Strauß unter der musikalischen Leitung von Josef Krips. Die Partie der „Feldmarschallin“ singt Vilja Hagren, den „Rosenkavalier“ Magda Strauß. Die Vorstellung beginnt um 19 Uhr. Montag, den 25. Juni, geht zu halben Preisen zum letzten Male in dieser Spielzeit „Die Fledermaus“ von Johann Strauß unter der musikalischen Leitung von Josef Krips in Szene. — Am Dienstag, 26. Juni, wird sich Josef Witt in Hans Gals Oper „Die heilige Ente“ in der Partie der „Kuli Pang“ von dem Karlsruher Publikum verabschieden. Die musikalische Leitung hat Rudolf Schwarz, die Regie Otto Krauß. Die Vorstellung beginnt um 19 1/2 Uhr. — Mittwoch, den 27. Juni, Abschiedsabend der Ballettmeisterin Edith Viefeloh.

Kurze Nachrichten aus Baden

1. Mannheim, 22. Juni. Durch Beschluß von Rektor und Senat der Technischen Hochschule in Darmstadt wurde Baurat Heinrich Schöberl, Direktor der Rheinischen Elektrizitäts-A.G. in Mannheim, in Anerkennung seiner großen Verdienste um die Technische Hochschule in Darmstadt, die Würde eines Ehrensenators verliehen.

2. Bruchsal, 22. Juni. In Heidelberg ist im Alter von 78 Jahren Studienrat a. D. Friedrich Grohmann gestorben, der als Professor am hiesigen Gymnasium von 1904 bis 1920 gewirkt hat. Prof. Grohmann hat den Weltkrieg als Hauptmann von 1914 bis zum Schluß mitgemacht. Seinen Wohnsitz hatte der Verstorbene in Bruchsal nach seiner Pensionierung beibehalten.

3. Ettlingen, 22. Juni. Oberpostschaffner Franz Ollb beim hiesigen Postamt konnte gestern sein 40jähriges Dienstjubiläum feiern. Aus diesem Anlaß wurde ihm eine vom Reichspräsidenten unterzeichnete Urkunde überreicht.

4. Gernsbach, 22. Juni. Am Donnerstag nachmittags 4 Uhr erfolgte der Zusammenstoß der Gleise der beiden Baustrecken Klosterreichenbach-Schönmünzach und Raumbüsch-Kirchbaumhofen. Kurz darauf fuhr die erste Lokomotive von Klosterreichenbach her die ganze Neubaufstrecke. Nach ihr fuhr der erste Materialzug über die ganze Strecke.

5. Säckingen, 22. Juni. Das Bürgermeistertum teilt mit: Die in verschiedenen Zeitungen gebrachte Notiz über den Ankauf des Kempeterichs durch die Stadtgemeinde ist verfrüht. Ein Kaufvertragsabluß durch den Gemeinderat ist noch nicht erfolgt. Hierüber ergeht erst Vorlage an den Bürgerausschuß. Der Vertragsentwurf wird am kommenden Mittwoch dem Bürgerausschuß beschäftigen.

6. Von Bodensee, 21. Juni. Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft läßt bekanntlich zur Zeit zwei neue Bodenseedampfer bauen. Der eine dieser beiden Dampfer wird „Allgäu“ benannt. Das Schiff „Allgäu“ wird voraussichtlich anfangs nächsten Jahres vom Stapel laufen und Ende Mai 1929 in Dienst gestellt werden. Zur Ausschmückung des Speisesaales dieses Dampfers ist dem Verband Allgäuer Verkehrsvereine Gelegenheit gegeben worden, ein schönes Wandgemälde zu stiften.

7. Tutzingen, 22. Juni. Vom 30. Juni bis 2. Juli findet hier das XI. Bodensee-Begau-Sängerbundesfest statt. Es beteiligen sich an demselben gegen 70 Vereine. Vom Wettstreit haben sich 50 Vereine gemeldet. Mit dem Feste ist das 40jährige Jubiläum des Herrn Stadtschulrat a. D. R. Kappeler, als Gaudirigen verbunden. Eine schön ausgestattete Festschrift, die zu der großen Sängertagung erschienen ist, und welche auch das wohlgeungene Bildnis des Jubilars enthält, gedient in einem Festartikel der vielen Verdienste des Herrn Kappeler als musikalischer Führer und Leiter des Bundes und huldig in beredten Worten der bedeutsamen Persönlichkeit. Die Jubiläumsfeier selbst findet am 1. Juli im Anschluß an das Nachmittagskonzert statt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	23. Juni		22. Juni	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.48	168.82	168.56	168.90
Kopenhagen 100 Kr.	112.00	112.22	112.01	112.23
Italien . . . 100 L.	22.00	22.04	21.99	22.03
London . . . 1 Pf.	20.388	20.428	20.387	20.427
New York . . . 1 D.	4.1805	4.1885	4.180	4.188
Paris . . . 100 Fr.	16.415	16.455	16.415	16.455
Schweiz . . . 100 Fr.	80.595	80.755	80.585	80.745
Wien 100 Schilling	58.88	59.00	58.835	58.955
Wrag . . . 100 Kr.	12.39	12.41	12.39	12.41

Staatsanzeiger

Gesuch des Rheinischen Beobachters um Verkaufserlaubnis.

Auf Grund der Bundesratsverordnung über Wohlfahrtspflege vom 15. Februar 1917 — Reichsgesetzblatt Seite 143 — und der Badischen Ausführungsverordnung dazu vom 24. Februar 1917 wird dem Verlag „Rheinischer Beobachter“ in Berlin unter dem Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs die Genehmigung erteilt, die Halbmonatsblätter „Rheinischer Beobachter“ und die Schriftensolge „Rheinische Schicksaltunden“ im Wege schriftlicher und mündlicher Werbung zu vertreiben. Im einzelnen gelten für diese Genehmigung folgende Bedingungen:

1. Die Erlaubnis gilt für das badische Staatsgebiet bis zum 31. Dezember 1928.
2. Die mündliche Werbung darf nicht den Charakter einer Vertriebsaktion von Haus zu Haus annehmen, sondern ist auf ausgewählte Persönlichkeiten zu beschränken, bei

denen ein besonderes Interesse für die Ziele des „Rheinischen Beobachters“ vorausgesetzt werden darf.

3. Minderjährige dürfen nicht als Werber betraut werden.
4. Die als Werber zugelassenen Personen haben sich der Ortspolizeibehörde, in deren Bezirk sie jeweils in Tätigkeit treten, zu melden und einen polizeilich abgestempelten Ausweis bei sich zu führen.
5. Der Erlös aus dem Vertriebe dient zur Dedung der Kosten für die unentgeltliche Verbreitung der bezeichneten Druckschriften.

Karlsruhe, den 21. Juni 1928.
Der Minister des Innern
F. B. Böhrenbach.

Die in diesem Jahre abgehaltene Prüfung für den gehobenen mittleren Justizdienst haben bestanden: die Justizamptärter Oskar Auer aus Appenweier, Adolf Bad aus Radolfzell, Max Gugler aus Konstanz, Ludwig Herbst aus Sinsheim a. G., Elisabeth Höchstetter aus Freiburg, Paula Jetter aus Karlsruhe, Hans Katter aus Mannheim, Robert Kuzmaul aus Eppingen, Justizassistent Josef Leib aus Stodach sowie die Justizamptwärter Josef Mader aus Radolfzell und Paul Klötcher aus Ruit.

Karlsruhe, den 20. Juni 1928.
Der Justizminister
Dr. Trunk.

Staatsprüfung für das Höhere Lehramt an Gewerbeschulen.

Auf Grund der in der Zeit vom 19. bis 24. März 1928 und vom 21. bis 26. Mai 1928 abgehaltenen Staatsprüfungen für das höhere Lehramt an Gewerbeschulen sind nachgenannte Gewerbeschulpraktikanten (Diplom-Ingenieure) für bestanden erklärt und zu

Gewerbeschulpraktikanten

- ernannt worden
- Dipl.-Ing. Bernhard, Karl, von Rastatt.
 - Beisch, Wilhelm, von Karlsruhe.
 - von Diemer, Karl, von Schopfheim.
 - Fischer, Kurt, von Mannheim.
 - Freisinger, Otto, von Karlsruhe.
 - Freh, Ludwig, von Eichelberg (Baden).
 - Ganzer, Friedrich, von Heidelberg.
 - Ganzer, Karl, von Bretten.
 - Gagstolz, Hans, von Karlsruhe.
 - Gausler, Oskar, von Linzheim.
 - Hedmann, Karl, von Nedarsteinach.
 - Herberich, Karl, von Poppenhausen (Baden).
 - Jammenhüh, Erich, von Nieber-Teuf.
 - Kermas, Paul, von Sodenheim.
 - Kern, Ernst, von Riegel (Baden).
 - Kobring, Heinrich, von Karlsruhe.
 - Liebler, R. Fr., von Baden-Baden.
 - Mildenberger, Rudolf, von Karlsruhe.
 - Müller, Ludwig, von Schwabenheim.
 - Müller, Waldemar, von Ludwigshafen a. Rh.
 - Nedermann, Viktor, von Karlsruhe.
 - Rißter, Walter, von Mannheim.
 - Rheuffer, Wolfgang, von Oberkirch.
 - Ritz, Hans, von Schandau (Sachsen).
 - Richter, Ernst, von Waldkirch.
 - Scherer, Raimund, von Breiten.
 - Schwarz, Gustav, von Freiburg.
 - Stumpf, Karl, von Werbachhausen.
 - Untermagner, Emil, von Karlsruhe.
 - Dr. Baldenaire, Arthur, von Bretten.
 - Reiter, Willmar, von Philippsburg.
 - Röhler, Willy, von Karlsruhe.
 - Reigel, Rudo, von Karlsruhe.
 - Weis, Franz, von Baden-Baden.
 - Wolz, Otto, von Karlsruhe.
 - Zimmermann, Max, von Lörrach.
 - Zoller, Wilhelm, von Rauenal.

Karlsruhe, den 11. Juni 1928.
Der Minister des Kultus und Unterrichts
Leers.

Bekanntmachung

Erste Prüfung für das Höhere Lehramt an Handelsschulen, Herbst 1928.

Die nach Maßgabe der Verordnung des Staatsministeriums vom 17. Mai 1922 über die Ausbildung und Prüfung für das Höhere Lehramt an Handelsschulen (Gesetz- und Verordnungsblatt 1922 Nr. 39) abzuhaltende Erste Prüfung wird am 1. Oktober 1928, vormittags 8 Uhr, in Karlsruhe beginnen. Gesuche um Zulassung zu dieser Prüfung sind gemäß § 12 a. a. O. unter Beifügung der daselbst verlangten Nachweise bis spätestens

1. September 1928

Gem. die diesseitigen Ministerium einzureichen. Auf die Beachtung der Ziffern 2 und 5 des § 12 der angeführten Verordnung wird besonders aufmerksam gemacht.

Karlsruhe, den 18. Juni 1928.
Der Minister des Kultus und Unterrichts
Leers.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Zum Gendarmerieoberwachmeister Gendarmeriehauptwachmeister Karl Knapp in Gornwil, Amt Waldshut, Polizeihauptwachmeister Wilhelm Heilig in Heidelberg zum Polizeioberwachmeister in Durlach.

Zurückgesetzt auf Ansuchen:

Gendarmeriekommissar Albert Göhler in Lafr.

Justizministerium

Verlegt:

Die Gerichtsverwalter Ferdinand Vansbach beim Amtsgericht Freiburg zum Amtsgericht Mannheim und Karl Spinler beim Amtsgericht Donaueschingen zum Amtsgericht Freiburg; die Justizobersekretäre Kurt Himmelsbach und Amtsgericht Gengenbach zum Amtsgericht Gernsbach und Wilhelm Karher beim Amtsgericht Konstanz zum Amtsgericht Radolfzell; Justizassistent Karl Sobns beim Amtsgericht Mosbach zum Amtsgericht Heidelberg, Kanzleiasistent Karl Schubert beim Amtsgericht Radolfzell zum Amtsgericht Mannheim.

Übertreitt in den Ruhestand kraft Gesetzes auf Ende September 1928:

Anstaltsoberpfarrer Josef Meria beim Landesgefängnis Freiburg.

Zurückgesetzt auf Antrag:

Kanzleiobersekretär Josef Keller bei der Staatsanwaltschaft Freiburg bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.

Den Staats- und Gemeindebehörden

empfehlen sich:

Wasser- Gewinnung Versorgung

Schachtbrunnen durch Rohrfilterbrunnen
Tiefbohrungen in jeder Weite und Tiefe
Quellerschliessungen - Quellfassungen
projektiert und baut als Spezialität

Wilhelm Reck, Karlsruhe i. B.
Technisches Büro 680 Fernsprecher 2271

ERSTKLASSIGEN
GLEISSCHOTTER STRASSENSCHOTTER
BETONSPLITT BETONSCHOTTER-
STÜCKSTEINE GRUS UND SAND-
LIEFERT
PORPHYRWERK-DOSENHEIM

H. VATTER
DOSENHEIM A. D. BERGSTR.
TELEFON HEIDELBERG 4094

488

Leichenwagen

für Hand und für Bespannung liefert als
Spezialität

J. Gunz, Wagenbauanstalt
Achern, Telephon 253

Wagen in den verschiedenen Bauarten stehen
stets vorrätig. Zur Lieferung in Trauer-
pferdedecken, Talaren, Versenkungsapparaten
halte ich mich bestens empfohlen 358

TEERMASCHINEN APPARATE - FAHRZEUGBAU

für den modernen Straßenbau
Teer- und Bitumen-Spreng- und
Spritzwagen, Gießwagen, Geräte-
wagen, Müllwagen, Teer-Flick-
wagen, Teerkochkessel, Vorwärmer
Dreiböcke, Teerabfüllapparate

Eugen Loew, Karlsruhe i. B.
Waldhornstr. 17 Telephon 2626

381



ALFRED ZIMMERMANN FREIBURG
FABRIK FÜR
ROLLADEN IN HOLZ UND WELBLECH
EISENKONSTRUKTION SCHAUFENSTERBAU
DREI KÖNIGSSTR. 43 ALFRED ZIMMERMANN TELEFON 3023

PAUL ALBERT
KARLSRUHE i. B.
Kaiserstraße 186 Teleph 5524

Bauunternehmung für
Beton- und Eisenbeton-
Hoch- und Tiefbau
Festigkeitsberechnungen

631

A. & K. Oberst

Steinbruchbetriebe
KARLSRUHE i. B.
Yorkstr. 30 Tel. 4694

Wir liefern laufend:
Granit, Quarzit und Sandstein
Groß- und Kleinpflastersteine
Randsteine, Stücksteine
Schotter, Grenzsteine usw. 633

Mühlacker
Falzziegel, Planenziegel
Biberschwänze, Kehlziegel
Formziegel aller Art
Prächtig naturrot oder en-
gobiert, gr. Festigkeit, höchste
Frost- u. Weitebeständigkeit
Dachziegel
GEBR. VETTER A.-G.
PFORZHEIM - MÜHLACKER

555

Gebrüder Lay * Konstanz

Bedachungsasphalt-
und Teerprodukten-
Spezialgeschäft

*
Neuzeitliche Straßen-
teerungen • Isolie-
rungen, Asphaltstra-
ßenbeläge und Stein-
holzfußböden 403

Südd. Straßenwalzen - Betrieb

G. m. b. H. Darmstadt Tel. 1495
Zweigniederlassung Karlsruhe, Edelsheimstr. 6, Telephon 7062

Abtlg. Walzenbetrieb:
Dampfwalzen 8-20 T. Aufreißer.

Abtlg. Straßenbau:
Walzasphalt im Heißmischverfahren, ein- und
doppelschichtig. Innentränkung, Oberflächen-
behandlung in Teer und Asphalt. 395

Drei- und
vierrädrige Hochleistungs- Teer- und Bitumen-
Sprengapparate
Patent Breining
Original-
Vorwärme-Oefen
für dick-
flüssigen
Teer und Bitumen
574



Büro für Städtebau

GEGRÜNDET 1909
beratender
Ingenieur
Theodor Lohrmann
KARLSRUHE i. B.
Kriegsstr. 123 Fernruf 770

Gutachten und Projekte für
Bebauungspläne - Straßen- und
Brückenbauten - Gleisanschlüsse
Kanalisation 658

G. Berberich & Söhne

Holz-u. Stahlwellblech-Rolladen
Fabrikat „Leins“

FREIBURG i. B. MANNHEIM
Wallstraße 9 Dürerstraße 11
Telephon 1618 353 Telephon 23672

A. Aulenbacher & Söhne

Steinbruchbetriebe
Ettlingen i. B.
Gegründet 1890 Gegründet 1890
FERNSPRECHER NR. 2

Wir liefern in erstklassiger Ausführung:
Granit, Quarzit und Sandstein
Groß- und Klein-Pflastersteine
Randsteine und Leistensteine
Stücksteine und Schotter 360

Julius Graf & Cie.

Karlsruhe G. m. b. H. Karlsruhe
Telephon 6926 und 6927, Grünwinklerstraße No. 6

Alle Sorten Baustoffe

Dyckerhoff-Cement Wieslocher Dachziegel, Hourdis,
feuerfeste und Chamotte-Steine, Asphalt und Dach-
pappen usw., Steinzeugröhren, Cementröhren, alle
Kanalisations-Artikel
Ausführung von Plattenarbeiten
alle Sorten Boden- und Wandplatten für
Hausgänge, Küchen, Bäder, Restaurants, Läden,
Kühlanlagen, Fabriken, Kirchen, Schulen. 561

Hermann Allmendinger

vorm. G. & H. Allmendinger
Gips- und Stuckaturgeschäft

Karlsruhe Filiale Mannheim
Melanchthonstraße 2 U. 4. 22
Telephon 550 Telephon 23627

Ausführung erstklassiger Stuck- u. Putzarbeiten

Spezialität: K-Steinputzarbeiten 692

Bruchsaler Parkettfabrik G. m. Bruchsal

liefert verlegt und unverlegt

Eichen- und Buchen - Parkett

Eichen- und Buchenlangriemen

ohne Blindboden direkt auf Balkenlager 604

Staats- und Gemeindebehörden

sind unsere Abonnenten. Wollen
Sie diese auf Ihre Firma aufmerk-
sam machen, so inserieren Sie in
dem offiziellen Organ der badischen
Regierung der

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger